

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische



Bezugspreis für Abholer Nr. 4,90, durch auswärtige Boten in der Stadt frei Samstags monatlich Nr. 5,—, 5,50 Nr. monatlich; bei Postbestellung monatlich Nr. 6,— frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pf. Postbest.-konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Gärtnerstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagb. Mittw. Spatrum 30 Pf. und Die lautende Monatsanmeldung wird vom Verleger auf seine Anzeigen in Abt. Nummer. Abrechnung 50 Pf. Porto besonders. Norm. Anzeigengebühr 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 14.

Dienstag, den 18. Januar 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Die ober-schlesischen Kohlen — eine Lebensfrage für Deutschland.
Beschreibung der Preußenwahlen wegen der ober-schlesischen Abstammung.
Neue Beweise für die Aufstandspläne der Polen.
Wieder Programm gegen Deutschland.
Italien gegen zwangsweise Durchführung des Versailles Vertrages.
Lloyd George fährt zur Ministerkonferenz am 24. Januar nach Paris?
Die katastrophale Wirtschaftskrise in England.
Vor einem Generalkrieg der englischen Eisenbahner?
Vorläufige Einigung über den Lebensgang der Wasserstraßen auf das Reich.

Vor dem neuen Polenaufrüstung.

Die ober-schlesische Kampforganisation.
Als Ergänzung für das Beweismaterial der Regierung über die Aufstandspläne der Polen wird aus Ober-schlesien gemeldet:
Den allseitigen Befehlungsbescheiden der Staatsanwaltschaft in Opeln und dem Kommandanten der 10. wurde Anzeige erstattet von der Offiziers des polnischen Stütztruppens in Brunnis, der geheime Sitzungen bei den Häupten Gurlut und Kilian abhält. Am Laufe des letzteren wurde dem Stütztrupp der Eid abgenommen, mit bewaffneter Hand Ober-schlesien zu erobern. Die Truppe wird in einer Dienstausweisung verpflichtet, zur Zeit der Abkündigung sofort die Versammlungen abzuschießen, Wohnhäuser, Telegraphenämter und alle Regierungsstellen zu besetzen, die Wägen zu brennen und jeden Verkehr mit Deutschland abzuschießen. Solche Kampforganisationen wurden in verschiedenen Orten des Industriegebietes geschaffen, so in den Kreisen Ratiboritz und Buntzen. In Ratiboritz treten diese Stütztruppens an, ungeniert auf.
Französisch-polnische Einmarschpläne.
Wie zuverlässig gemeldet wird, besteht zwischen dem französischen Oberkommando, der internationalen Abstimmungskommission und der polnischen Regierung ein bis in alle Einzelheiten durchgeführter Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Ober-schlesien. Danach sollen sich die französischen Besatzungstruppen, scheinbar der polnischen Heeremacht weidend, unter Führung von Tassara von Waffen, Munition und Gerät, das von den Polen übernommen wird, über die schlesische Grenzschutzstellen und Ober-schlesien kampos den polnischen Truppen überlassen. Man rechnet damit, daß die italienischen Truppen, allein schon mit Rücksicht auf ihre geringe Stärke, ohne weiteres dem französischen Beispiel folgen werden.

Nach in Berlin vorliegenden einwandfreien Berichten plant die polnische Regierung, den in den abgetretenen Gebieten wohnenden gebürtigen Ober-schlesien, soweit sie deutsch sind, zu assimilieren. Sie erdortert ihnen schon jetzt die Erlaubnis der Verheimlichungspapiere. Die Reichsregierung hat daher in Berlin die Vorstellungen erwidert, daß den in neuen Polen wohnenden Ober-schlesien gemäß dem Friedensvertrag die gleichen Rechte zuzuerkennen wie den anderen Stimmberedigten.
Ein sechs-jähriger Mord!
Ratiboritz, 18. Jan. (Sta. Drahtber.) 50 Mörder verurteilt am Sonntag in Ratiboritz die Bestimmung des Schneidermeisters Ratiboritz und erschossen den Richter. Von zur Hilfe eilenden P.o.-Beamten wurde einer erschossen, ferner 3 Zivilisten und eine Frau, Mutter von 6 Kindern. Drei Verlesenen wurden lebenslanglich verurteilt. Auf die Ermordung der Mörder setzt die Regierung 15 000 M. Bestimmung aus.

Ein neuer polnischer Schachzug.

Berlin, 18. Jan. (Sta. Drahtber.) Nach Vorläufer Meldungen erdortert die polnische Regierung die Zusammenlegung der früheren deutschen Gebiete in Polen, Westpreußen mit Ober-schlesien zur Schaffung eines neuen Autonomiestates mit eigener Währung und

Eine Lebensfrage für Deutschland.

Die Bedeutung der ober-schlesischen Kohlen.
In den letzten Tagen versucht die französische Presse mit auffällender Beharrlichkeit zu beweisen, Deutschland brauche die ober-schlesischen Kohlen nicht, um leben zu können und seine Verpflichtungen zu erfüllen. Vor dem Kriege habe Deutschland keine 25 v. H. ober-schlesischer Kohlen für sich verbraucht, Polen dagegen 40 v. H. seines Bedarfs in Ober-schlesien gedeckt. Selbst heute noch verlaufe die deutsche Regierung Kohlen an Polen.
Die unrichtige französische Darstellung erhebt aber aus folgenden statistischen Zahlen: Deutschlands Verbrauch im Jahre 1913 betrug 156 472 561 Tonnen Steinkohlen, der Gesamtverbrauch der jetzt abgetretenen Gebiete einschließlich Ober-schlesiens 33 248 589 Tonnen, es verbleibt somit ein Bedarf von 123 248 972 Tonnen. Der Gesamt-Braunkohlenverbrauch Deutschlands betrug 1913 29 202 623 Tonnen. Nach den heutigen Förderzahlen ergibt sich also folgende Gesamtanforderung:
Deutschlands Steinkohlenproduktion 1920 102 110 000 T.
Deutschlands Braunkohlenproduktion 1920 30 000 000 T.
Lieferung ober-schlesischer Steinkohle 12 000 000 T.
insgesamt 144 110 000 T.
Davon sind abzusuchen Lieferungen nach dem Spa-Abkommen 24 Millionen, so daß Deutschland noch 120 110 000 T. zur Verfügung stehen. Demgegenüber betrug Deutschlands Bedarf an Steinkohle 123 248 972 T.
Deutschlands Bedarf an Braunkohle 29 202 623 T.
insgesamt also 152 451 595 T.
Der Fehlbeitrag macht somit 32 341 595 Tonnen aus.

Ober-schlesische Abstimmung und Preußenwahlen.

Da die Abstimmung in Ober-schlesien jetzt endgültig auf den 13. März festgesetzt ist, sind sich gewisse Kreise darin einig, die auf den 20. Februar fallenden Preußenwahlen bis nach der Abstimmung hinauszuschieben. In der linksdemokratischen Presse wird diese Verschiebung sogar als „nationale Pflicht“ gefordert.
Die „Leipz. N. A.“ erfahren hierzu von besonderer Seite, daß, mangels einer amtlichen Meldung über den Abstimmungstermin, das preussische Kabinett zu einer amtlichen Befassung mit der Frage noch keine Veranlassung hatte, ob eine Verlegung des Wahltermins überhaupt zu erwägen sei. Die Stellung der preussischen Regierung ist insofern besonders schwierig, als der Wunsch nach beschleunigten Wahlen von der überwiegenden Mehrheit in Preußen in der letzten Zeit immer stärker erhoben wurde.
Selbst wenn die Regierung zur Begründung der Verschiebung des Wahltermins das „nationale Moment“ in den Vordergrund stellen würde, bliebe doch der Verdacht bestehen, daß abernachst der Versuch gemacht werden soll, das Zulein der abgewandtesten sozialistischen Regierung, die sich feinerer Mehrheit als Stütze erhebt, fählich zu verlagern. Das preussische Kabinett dürfte sich daher, soweit man die Sachlage zurzeit beurteilen kann, kaum entschließen, die Neuwahlen über den 20. Februar hinaus zu verschieben.
Wie unter Berliner Vertretern erörtert, wird vom Zentrum und von der Deutschen Volkspartei der Versuch gemacht, unter den parlamentarischen Parteien alle Streitigkeiten solange beizulegen zu lassen, bis die Volksabstimmung in Ober-schlesien vorüber ist. Die Wahlen für den preussischen Landtag und die Ergänzungswahlen im Reichstag sollen ebenfalls aus diesen Gründen hinausgeschoben werden (??).

Polenaufrüstung gegen Danzig.

Ausgang zur Offise, um die Abstimmung in einem für Neuländchen Sinne zu beeinflussen. Gewisse Entente-Kreise sollen dem Plan ankünftig gegenüberstehen.
Nach Meldungen aus Danzig sind an den Freikantonnieren die bisher schon fasten Grenzschutzformationen auf das Dretische heraufbesetzt worden. Die mit anderen reichlichen Geschützen versehenen Truppen erklären, sie seien „am Kampf gegen Schmutz“ bestimmt. Es ist sehr bebaulich, daß das Deutsche Reiches ratenlos zusehen muß, wie die Polen immer bestiger versuchen, Danzig an Polen zu verhängeln.

Demokratische Beamtenpolitik.

Von Oberstretär F. H. B.
Der stenographische Bericht über die Verabschiedung der Besetzungsgesetze im Reichstag liegt vor. Wenn auch noch über die Beratungen im Ausschuss, in dem beinahe die demokratische Abg. DeLius den Vorsitz führte, Dunkel herrscht, so ist doch aus den Ausführungen der Abgeordneten viel Interessantes von den Verhandlungen in dieser Dunkelkammer bekannt geworden. Es deckt sich dies aber keineswegs mit den langwierigen Kritiken des genannten Abgeordneten in seinem Zeitzeugen, der „Zukunft“. Zunächst müssen wir noch auf den Vorläufer des verabschiedeten Gesetzes, auf das Beamtendienstleistungsgesetz vom 30. April 1920, Reichsges. Nr. 805 uff. zurückkommen. Wir müssen daran erinnern, daß damals von den Sozialdemokraten bis zur äußersten Rechten nur allein der Deutschnationale Abgeordnete Graf v. Posadowsky in der Vollversammlung zu diesem Gesetze gesprochen hat und für die Beamten eingetreten ist. Das Gesetz wurde trotzdem ungerührt verabschiedet und die Beamten hinsichtlich der endgültigen Einsetzung bis schließlich zum 31. Oktober 1920 vertrieben. Die gesamte Beamtenpolitik war sich klar, daß dieses Dienstleistungsgesetz als tatsächliche Gründung erfolgte. Die Kohlen zum neuen Reichstage standen vor der Tür. Jetzt, am 19. Dezember, in der 8. Sitzung des Reichstages, hören wir vom Abgeordneten DeLius selbst, daß es es war, dem die Beamtenpolitik das Singdorn verदानft. Der Antrag ist aber beileide nicht mit Hintergedanken, sondern nur in der löblichen Absicht gestellt worden, um die Beamten möglichst bald in den Genuß ihrer hohen Bezüge zu bringen. So sagt DeLius, und wir seien hinzu, um den Beamten auch die Berücksichtigung des verabschiedeten Finanzministers Erzberger durch 10 und 15 v. H. Steuererhöhung vor Augen zu führen. Wie es sich jeder Beamte in jenen Tagen selbst ausgedrückt hat, stand er sehr, besonders mit Kindern, bei dem von der alten Regierung übernommenen System der Teuerungszulagen und Weisheiten besser als nach Verabschiedung des Gesetzes vom 30. April 1920. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes fiel aber auch das sogenannte Steuerprivileg der Beamten. Gleich die erste Gehaltszahlung nach dem neuen Gesetz war dem vollen Teuerungszulage unterworfen. Die alten Teuerungszulagen und Weisheiten waren bekanntlich steuerfrei. Die Schuld, die Beamten schon vorzeitig dem Teuerungszulage des damaligen Reichsfinanzministers ausgeliefert zu haben, trifft also die Demokraten! Die Frage, ob Abg. DeLius nicht im Einvernehmen mit seinem Freunde Erzberger gehandelt hat, lassen wir offen.

Daß bei Beratung des neuen Entwurfs zum Beamtendienstleistungsgesetz vom Unterrichtsamt im Verein mit dem Gutachterauschuss gewaltige Arbeit geleistet worden ist, muß unumwunden anerkannt werden. Ueber 400 Anträge lagen vor. Wie weit die Demokraten die Schuld trifft, daß trotzdem nichts Besseres geschaffen wurde, soll hier bestritten werden.
Als erster Redner hören wir den Abgeordneten Steinlopf sagen, daß Abg. DeLius bei zentralen Besprechungen über verhängene Anträge der Beamtenpolitik ganz und gar ihm und den Anträgen zugewandt, ihn aber später im Ausschuss bei Beratung der Anträge nicht unterstützt habe. Ferner vertritt sich Steinlopf, daß es DeLius war, der, anstatt mitzuziehen, etwas Ganzes zu schaffen, den Beamten den Abber der Beförderungssstellen hingenommen hat (vergl. Z. 1723, des stenographischen Berichts). Der Richter soll nun aber nicht ohne weiteres auftriften können, sondern DeLius fordert gegen alle bisher als demokratisch geltenden Gruppierungen, Nachweis der Befähigung für jeden Aufstieg (siehe Z. 1736 u. n. D.).

Nach den Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Degler ist es wieder Abg. DeLius gewesen, der dem deutschnationalen Abg. Verat, als dieser seinen Antrag auf eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulage einbrachte, in die Quere kam (siehe 1726-27 u. n. D.). Einen besseren Vertreter seiner Interessen als den Abgeordneten DeLius konnte der Reichsfinanzminister wahrlich nicht finden!
Am 16. Dezember 1920 fand dann in der Vollversammlung des Reichstages die Zahlung der Teuerungszulagen an die Beamten zur Beratung. Der Tag brachte den Beamten nur die bekannte Erhöhung der Kinderzulage. Es war das eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulage in Form einer Sitzung, in der DeLius von den deutschnationalen Beamten unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers die Teuerungszulagen sprach und weiter ausführte, daß die Beamten mit der letzten Regelung der Teuerungszulagen zufrieden sein könnten. Die Beamten auf der Tribüne im

S

Saison-Räumungs-Verkauf!

Große Preisermäßigung! Besondere Gelegenheitsposten!

Beste Qualitäten
Gute Hauskleiderstoffe
 statt 28.— jetzt nur 18.— Mk.
Kleider- und Blusen-Barchente
 statt 26.— jetzt nur 16.— Mk.
Flanellbarchent 31.—
Unterrocken
 von Mk. 16.— an
1 Kissen Schlafdecken und Barchent-Bettlinder
 statt 78.— Mk. jetzt 40.— bis 58.— Mk.
Herren-Unterhosen von Mk. 22.— an
Herren-Hemden von Mk. 38.— an
Damenbeinkleider mit Stickerei
 statt 38.— jetzt nur 22.— Mk.
Strickwolle, prima Qualität,
 von Mk. 16.— an

Um damit zu räumen, unter Einkauf

Damen-Konfektion:
 Mäntel 150.— 200.— 250.—
 Außerdem elegante Mäntel
 in Sammet, Astrachan, Tuch
 Kleidsame Kostüme,
 Gakleider
 regend. Kleid, Nonnen-
 Seide m. reich. Appli-
 garnitur
 jetzt **350.—**
 Kleider in großer Auswahl
 v. Mk. 35.— an u. v. Mk. 40.— an

Herren-Konfektion:
 Hfler
 jetzt 250.—, 350.—, 450.—
 Winterjoppen
 mit und ohne Futter
 68.—, 100.—, 235.— Mk.
 Konfirmanden-Anzüge
 farbig und dtl.-blau
 außerordentlich billig

Auf alle übrigen Artikel 10 % Preisermäßigung

Durch günstigen Einkauf
Gardinen
 zu den billigsten Preisen m. Mk. 16.—, 18.—, 21.—

Fensterzipfen
 Meter Mk. 7.—, 8.—, 9.50

Gute gezwirnte Ware
 Wunderbare Muster

Zur Konfirmation
 Große Eingänge in
 guten reinwoll. Kleiderstoffen
 ganz außerordentlich preiswert

Markt Nr. 19.
Telefon 464.

H. Laika

Neumarkt 18.
Telefon 332.

Aufruf!

Der Reichsbund ehemaliger Kadetten,
 Gaugruppe Mitteldeutschland, umfassend die Provinz
 Sachsen und die Thüringischen Staaten, bittet alle
 ehemaligen Angehörigen der Königlich-kadetten-
 Corps, sich zur Aufnahme in den Band zu melden.
 Auch dem Corps **entsprechende Kreise** werden auf-
 genommen. **Anmeldungen** nimmt entgegen:
Lieutenant a. D. Druschki
 Halle-Saale, Turmstraße 80.

Reiche Auswahl Strickwesten
 in
 auch in Extra-Weiten für Damen (mit und
 ohne Kemeel) und für Herren.
Kleider-Strickwesten und viele andere
 Ausführungen.
Sweater für Herren u. Kinder,
Rauschals sowie
sämtliche Wollwaren
 in billigen, mittleren und guten Qualitäten.

A. Henckel, Merseburg,
 Oelgrube 29.

Carl Höser
Sanitäre Unternehmungen
 und Bauklempnerei
 Gas- und Wasserleitungsanlagen
 Reparaturen
Merseburg a. S.
 Markt Nr. 8 Frauenstr. 5
 Fernsprecher 622

Kleinhandelspreis
 für Speisefarbstoffen.
 Der Kleinhandelspreis
 für Speisefarbstoffen wird
 anderweit auf 40 Pf. für
 das Pfund ab Lager des
 Händlers festgelegt.
 Diese Preisfestlegung
 tritt sofort in Kraft.
 Merseburg, 18. Jan. 1921.
 Der Magistrat.
 P.-H. II. 2940/20.

Ausgabe von Schmalz.
 Sonnabend, 22. Jan. 1921.
 Es werden zugeteilt:
 100 Gr. Schmalz zum
 Preise von 4.—
 Auf jede Zulassungsmarke
 mit dem Aufdruck „K“ 50
 Gr. Butter zum Preise von
 1,55.— P.-H. II. 2958/21.
 Merseburg, 17. Jan. 1921.
 Städt. Lebensmittelamt.

Friedrich Schultze, Bankgeschäft,
Merseburg a/S. Telefon 64.
An- und Verkauf
 von Wertpapieren, Aktien, Kuxen und
 Obligationen.
 Beleihung, Hypothekenbeschaffung,
 Darlehensgewährung. Scheckverkehr.

Jeder Deutsche
 der zur Verringerung des Bargeldumlaufs
 beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des
 Vaterlandes; ein jeder benutze dann für
 seine Zahlungen ein
Reichsbank-, Bank- od. Sparkassenkonto.
 Auskunft erteilt kostenlos:
 Das Postamt
 Bankhaus Friedrich Schultze
 Mitteldeutsche Privatbank A.-G., Zweigniederlassung
 Merseburg
 Thüringische Provinzialbank, Landeshaus
 Thüringische Sparkasse
 Sparkasse des Kreises Merseburg
 Merseburger Vereinsbank, E. G. m. b. H.

Wegen Verringerung der Schäferde stehen zum
 Verkauf:

18 Mutterschafe
 (im Dezember zum Boah gelassen).
18 Jährlingshammel
5 Jährlingschafe.
Alfred Boltze, Gutsbesitzer
 Niederelbican bei Raasdorf.

Patentschlüssel
verloren gegangen.
 Wegen gute Belohnung abzugeben bei der Ver-
 schäftsstelle des Tagesblattes.

+Frauen+
 verwendet bei
Monats-Beschwerden
 etc. meine **1000 fache** be-
 wahrte u. behörd. anschad-
 lich befand. Mittel. — Erfolg
 schon in 30 Stunden gemeldet.
 Diskreter Versand
 C. Ahmling, Hamburg 677,
 Hühnerposten 12, I.

Bauernhof
 mit frei werdender Woh-
 nung, Stallgebäude, Felder
 usw. Größe ist gleich zu
 kaufen geüht. Es gebe
 meine Villa in Leipzig
 in Taufsch.
D. Hoffberg, Leipzig
 Ritzeburgerstr. 12/14.

Ratskeller = Restaurant.
 Jeden Mittwoch von 1/2 8—10 Uhr
 Jeden Sonntag von 4—11 Uhr:
Künstler-Konzert
 Dir. Konzertmeister Putler.
Otto Kießler.
 Eintritt frei!

Die Deutsche Volkspartei
 veranstaltet
 Mittwoch, den 19. Jan., abends 1/2 8 Uhr
 bei Rülke eine
Reichsgründungsfeier
 wozu sie ihre Mitglieder einlad.
 Freunde, die auf dem Boden der Partei stehen,
 können durch Mitglieder eingeführt werden.

Paddler werden zwecks
Kanu-Klubs
 gebeten, sich am
20. Januar 1921, abends 7 1/2 Uhr
in Müllers Hotel
(Inhaber Rülke)
 am Bahnhof einzufinden.

Öffentliche Wähler-Versammlungen.
Deutsche Volkspartei.
 Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr in
Günthersdorf, Gasthof „Laußschmann“,
 Donnerstag, den 20. Jan., abends 7 1/2 Uhr in
Dürrenberg, „Kurhaus“,
 Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr in
Wächau, Gasthof „Zur Eisenbahn“
 Referent:
Herr Geschäftsführer Haupt-Merseburg.

Die politische Lage
 und die bevorstehenden Wahlen.
 Deutsche Männer und Frauen kommt und hört,
 was die deutsche Volkspartei mit
 Freie Aussprache!
Deutsche Volkspartei, Kreisverein Merseburg.

Stadttheater Halle.
 Mittwoch, nachm. 3 Uhr
Mäusekönig.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Eyslerstraß.
 Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Christelheilm.
 Thalia-Theater: 7 1/2 Uhr:
Sitzten der Gesell-
schaft.
 Freitag, nachm. 3 Uhr:
Aary.
 Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Mäusekönig.
 Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
 Thalia-Theater: 7 1/2 Uhr:
Sitzten der Gesell-
schaft.

Tivoli-Theater,
Merseburg
 Direktion A. Dechant.
 Mittwoch, den 19. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr:
Hanner! u. Schubert!
 Operette in 3 Akten
 von M. Dannenberg.
 Musik von Franz Schubert.
 Vorverkauf in Tivoli.

Fahrräder.
 Billig. Wiederverkäufer Rabatt
 Freilaufräder 450—850 Mk.
 wie neu. Prima Deeken 70 Mk.
 Schläuche 25 Mk. Lieferung
 jederzeit. Zuschriften
A. Marbach, Berlin N.
 Feld Strasse 6.
 Erstklassige Dresdner
Zigarettenfabrik
 sucht tüchtigen
Beretreter.
 Off. mit A. B. 180 an
 Hla-Gartenstein & Döpler,
 Swidau zu erbeten.

neue Wohnung
 gegen Kauffm.
 Läden und Wohnung.
 Off. unter 15/21 an die
 Expedition dieses Blattes.

Geschlechts-
 kranker jeder Art (Tri-
 chomonaden, Syphilis, Gonorrhoe,
 Weissenau, etc.) werden
 sich sofort verlässlich an
Dr. med. Hamann
 Heilmittel, Berlin S 102
 Potsdamerstr. 125 II, Sprech-
 stand: 9—11 u. 2—4, Sonn-
 tag 10—11 Uhr. Besondere Be-
 sonderheit mit tausenden freiw.
 Dankschreiben. Heilmittel (ohne
 Quecksilber u. andere Gift-
 ohne Empfindung, ohne Berüh-
 rung) gegen L.-Mk. diskret
 in versch. Kavitäten ohne Ab-
 sonder. Leiden zusa. angeh.

Polnische Lotteriewirtschaft in den ehemals preussischen Gebieten.

Welche verlustreiche Zustände bei den polnischen Verkehrsbehörden in den ehemals deutschen Gebieten berichten, zeigte der Verlauf der Verfallung der Promberger Volksbanken am 6. Januar, über die polnische Blätter jetzt berichten.

Die polnischen Bank- und Zettelapparatbeamteten legten in dieser Verfallung ihre Zurücksetzung und Verdrängung, die sie von den höher bezahlten, aus Galizien zugehörigen Beamten erdulden mußten, dar.

Politische Rundschau Die Einigung mit den Eisenbahnen.

Von unrichtiger Seite erzählt über Berliner Vertreter, daß die Aufforderung des Sechseckerausschusses der Eisenbahnen, den Vorschlag der Regierung anzunehmen, Absicht hat, von einer Abschlusserklärung der Eisenbahnen abgesehen zu werden.

Auch Erhöhung des Posttarifs. Wie unter Berliner Vertretern, wird zum Zwecke der Deckung der durch die Neuordnung der Beamtenbesetzungen entstehenden Defizite, die besonders in der Reichspost sehr tief einschneiden werden, eine Erhöhung der Posttarife geplant.

Unsere Schlichterung. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Der Schatz der Sabäer.

Wären Sie nur ein so ausgemachter Lump, Sie hätten mit dem Schlimmsten für andere Missetäter bezahlet, Sie hätten mit dem höchsten Verdienste und angänglichen Gehalt auf dem Boden Sündigen zu. Ahrensleichen aber darf ein anfänglicher Pfusch ja kaum mit der Sündigkeit bezühnen.

Als unmittelbare Maßnahme der durch den Krieg verloren gegangenen Schafe fordert die französische Regierung 1000 Rinder und 100 000 Schafe, die belagerte 200 Rinder und 20 000 Schafe binnen 3 Monate nach Anfristung des Vertrages.

Anarchie in der Berliner Straßenbahnverwaltung

Trotzdem die Berliner Straßenbahn seit längerer Zeit kommunalisiert ist, stellen sich die erhofften Vorteile keineswegs ein. Am Geachtetste die Tarifverbände sind an der Tagesordnung.

Preussische Verwaltungsreform.

Der Entwurf einer neuen preussischen Verwaltungsreform, an dem seit Monaten gearbeitet wurde, ist jetzt im großen und ganzen fertiggestellt.

Die Bekämpfung des Schieberismus im Westen.

Die zur Bekämpfung des Schieberismus und des Schleichhandels aufgebende Polizei im rechtsrheinischen Gebiet hat in der zweiten Januarwoche beim Liebersteiner der Rheinbrücken und bei Ströfen auf den Bahndämmen nicht weniger als 42 Personen verhaftet.

Mitbestimmung im Antriebsgebiet infolge Wagenmangels.

Unter einem Teil der Verleiher im Ruhr- und Antriebsgebiet herrscht große Missetimmung infolge der auf abnehmenden Reichsleistungen, die auf Missetimmung der Arbeitermenge bezug auf deren Nichtbeförderung infolge Wagenmangels zurückzuführen sind.

Ein einmütiger sozialdemokratischer Wehrmännchen.

Der Kreisrat des Kreises Rügen beschloß sich in seiner Mittwoch Sitzung mit einem höchst einmütigen Votum, die 'Rügener Zeitung' hätte taags vorher einen Artikel über die Wehrverhältnisse zu veröffentlichen.

Befriedigungsversuch an Staatsanwalt

Mit sehr merkwürdigen Dingen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem schwebenden Verfahren gegen den Kaufmann Georg Marx wird demnach die Berliner Staatsanwaltschaft befallen.

Vielmehr besitzt in Kassel einen größeren Druckbetrieb, und Schweißmann beson, als er zum Kassel übergekommen ist, wurde ihm ein Antriebsverhältnis herabgesetzt.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland in seine Verbindlichkeiten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist.

